

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Gisela Splett u. a. GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Wirtschaftsministeriums**

### **Strukturreform der deutschen Entwicklungspolitik Mannheim als Standort sichern**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. welche Verknüpfungen es zwischen den vom Bund und den vom Land getragenen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit derzeit gibt;
2. welche Position sie zu der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geplanten Strukturreform der Technischen Zusammenarbeit einnimmt;
3. wie sich die beabsichtigte Fusion der Durchführungsorganisationen der technischen Entwicklungszusammenarbeit – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt) – zu einer einzigen Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Bundesbesitz auf die Struktur der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, die derzeit wie das Land an InWEnt beteiligt sind, auswirken wird;
4. inwiefern sie als Mitgesellschafter einer der drei Durchführungsorganisationen der Technischen Zusammenarbeit (InWEnt) konzeptionell in die Planung der Reform einbezogen war und welche Initiativen sie ergriffen hat, um die Interessen des Landes hinsichtlich der geplanten Strukturreform und insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung angemessener Mitwirkungsrechte innerhalb der neuen Struktur zu vertreten, und wie die Zuständigkeiten der mit Entwicklungszusammenarbeit befassten Ressorts dabei verteilt waren bzw. sind;

Eingegangen: 29. 06. 2010 / Ausgegeben: 28. 07. 2010

**1**

5. welche Perspektive sich bzgl. des Erhalts des Standorts Mannheim mit seinem Aufgabenspektrum und seiner Personalausstattung zurzeit abzeichnet und welche Chancen sie für eine mögliche Stärkung des Standorts sieht;
  6. wie weit die Gespräche bzgl. der Modernisierung der von InWEnt genutzten Gebäude am Standort Mannheim gediehen sind und welches Engagement das Land dem Bund diesbezüglich in Aussicht gestellt hat;
- II. sich für den Erhalt und eine Stärkung des Standorts Mannheim als Regionalem Zentrum und Bildungszentrum im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Partner des Landes auf Augenhöhe einzusetzen.

29. 06. 2010

Dr. Splett, Lösch, Neuenhaus, Schlachter, Sckerl GRÜNE

### Begründung

Deutschland ist nach den USA und Frankreich international die drittgrößte Gebernation bei der Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesrepublik steht allerdings zunehmend in der Kritik der OECD: Zum einen verfehlen wir die UN-Millenniumsziele, mit denen sich die Länder vor zehn Jahren verpflichteten, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren und sich verstärkt in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Entwicklungspartnerschaften zu engagieren. Deutschland sollte nach einem Stufenplan heute bereits 0,51 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben; erreicht wurden 0,4 %. Ziel sind 0,7 % in 2015. Zum anderen sind die Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit absolut unübersichtlich und für die Partnerländer intransparent. Auch der Bundesrechnungshof beklagt Doppelstrukturen und fordert einen effizienteren und wirksameren Einsatz der Ressourcen.

Eine Strukturreform der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit ist auch aus Sicht der Antragsteller überfällig.

Entwicklungsminister Niebel hat nunmehr eine Strukturreform für eine wirkungsvollere deutsche Entwicklungspolitik angekündigt und ein Konzept „Die neue Effizienz in der deutschen Entwicklungspolitik“ vorgelegt. Ansatzpunkt ist die Zusammenlegung der drei Institutionen der Technischen Zusammenarbeit – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt). Mit dieser Fusion soll das Verhältnis zwischen der entwicklungspolitischen Gestaltung der Bundesregierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Durchführung der Politik neu ausgerichtet und effektiviert werden.

Die neue Durchführungsorganisation „Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ soll nach Vorlage aus dem Hause Niebel gemeinnützig und zu 100 % in Bundesbesitz sein.

Zur Verschmelzung der bisher drei Durchführungsorganisationen soll der Rechtsrahmen der bisherigen GTZ genutzt und die Zwecke des DED und von InWEnt gestärkt werden. Dies hat Konsequenzen für die sechs Bundesländer, die über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Entwicklung (DIE) bei InWEnt beteiligt sind.

Die im Stiftungsrat des DIE vertretenen Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, begrüßen die Bestrebungen zur Reform der Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit „im Interesse der bestmöglichen Koordination und Abstimmung zwischen Bund und Ländern“. Sie halten dafür allerdings den Erhalt dezentraler Strukturen der neuen Gesellschaft in den Ländern für unabdingbar und fordern den Fortbestand Regionaler Zentren und dezentraler Fachabteilungen von InWEnt als leistungsfähige Standorte und operationelle und strategische Partner der Länder. Die Länder erwarten von der Bunderegierung, dass insbesondere die in der Vergangenheit konstruktive und umfangreiche Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Bildung und Fortbildung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit unter dem Dach der neuen Gesellschaft erfolgreich fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

Dieser Antrag will Klarheit darüber herstellen, wie die Landesregierung die geplante Strukturreform insgesamt und im Hinblick auf die Zusammenarbeit Bund – Land im Besonderen bewertet. Speziell der Standort von InWEnt in Mannheim als Regionales Zentrum zur Förderung nachhaltiger Entwicklungsprozesse, Vermittler von Praktika und Scharnierstelle zur regionalen Wirtschaft darf aus Sicht der Antragsteller durch die Fusionierung weder personell, operationell noch strategisch geschwächt werden, sondern ist im Gegenteil auszubauen. Hierbei muss allerdings auch das Land seinen engagierten Beitrag leisten.

#### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 21. Juli 2010 Nr. 1–3520/22/1 nimmt das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*die Landesregierung zu ersuchen,*

*I. zu berichten,*

*1. welche Verknüpfungen es zwischen den vom Bund und den vom Land getragenen Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit derzeit gibt;*

Entsprechend dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2008 „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ beteiligt sich das *Kultusministerium* mit folgenden Maßnahmen an der Entwicklungszusammenarbeit:

Tutor bei InWEnt Mannheim	75.514,15 €
Sprachkursstipendien Deutsch (InWEnt und GI)	72.361,79 €
31 %-iger Versorgungszuschlag für beurlaubte Lehrkräfte in der Entwicklungshilfe sowie für das Internetprojekt „Ch@t der Welten“	316.636,28 €
IfB Mannheim (Personal- und Sachkosten)	1.361.000,00 €
Landeslehrerentsendeprogramm (Albanien)	67.470,00 €
Landeslehrerentsendeprogramm (Bosnien-Herzegowina)	76.700,00 €
Landeslehrerentsendeprogramm (Kroatien)	60.580,00 €
Int. Schüler- und Jugendbegegnungen	22.631,00 €
Int. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Berufsbildung	<u>42.583,95 €</u>
	2.095.477,17 €

\*) Nach Ablauf der Drei-Wochen-Frist eingegangen.

Das *Kultusministerium* ist außerdem im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) vertreten, die Mitgesellschafter von InWEnt ist und deshalb eine Vertretung in den Aufsichtsrat von InWEnt entsendet. Darüber hinaus stellt das Land noch die Gebäude des Internationalen Instituts für Berufsbildung (IfB) und der InWEnt kostenfrei zur Verfügung.

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Baden-Württemberg in Mannheim sind Mitglieder des Kuratoriums der *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)*.

Die SEZ arbeitet mit beiden Institutionen vorrangig im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zusammen. Exemplarisch dafür sind Veranstaltungsreihen und Projekte wie das Eine-Welt-Projekt „Ch@t der Welten“ oder die Veranstaltungsreihe „Stuttgarter Forum für Entwicklung“.

Als Begleitprogramm der Messe CMT veranstaltet die SEZ in Kooperation mit der GTZ, der Diözese Rottenburg-Stuttgart/Hauptabteilung Weltkirche, dem forum anders reisen e. V. sowie der Ev. Akademie Bad Boll seit 2006 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Nachhaltiger Tourismus, die mit ca. 200 Gästen jährlich auf reges Interesse stößt.

Darüber hinaus leistet die GTZ als Kurator der SEZ auch wichtige Informations- und Beratungsdienste zu Projekten in Entwicklungsländern.

*2. welche Position sie zu der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geplanten Strukturreform der Technischen Zusammenarbeit einnimmt;*

Die Landesregierung begrüßt die Reform der Durchführungsstrukturen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit [GTZ], Deutscher Entwicklungsdienst [DED] und Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH [InWEnt]) zu einer einzigen Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) im Interesse der bestmöglichen Koordination und Abstimmung zwischen Bund und Ländern.

*3. wie sich die beabsichtigte Fusion der Durchführungsorganisationen der technischen Entwicklungszusammenarbeit – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt) – zu einer einzigen Gesellschaft (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) in Bundesbesitz auf die Struktur der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer; die derzeit wie das Land an InWEnt beteiligt sind, auswirken wird;*

*4. inwiefern sie als Mitgesellschafter einer der drei Durchführungsorganisationen der Technischen Zusammenarbeit (InWEnt) konzeptionell in die Planung der Reform einbezogen war und welche Initiativen sie ergriffen hat, um die Interessen des Landes hinsichtlich der geplanten Strukturreform und insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung angemessener Mitwirkungsrechte innerhalb der neuen Struktur zu vertreten, und wie die Zuständigkeiten der mit Entwicklungszusammenarbeit befassten Ressorts dabei verteilt waren bzw. sind;*

Zu Ziff. I. 3. und Ziff. I. 4.:

Die im Stiftungsrat der DSE vertretenen Länder haben wegen der geplanten Fusion schon frühzeitig mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Kontakt aufgenommen und dort ihre Position deutlich gemacht:

Unter anderem halten die Länder eine dezentrale Struktur der neuen Gesellschaft in den Ländern für entscheidend für den Erfolg der Reform. Die regionalen Zentren sowie dezentralen Fachabteilungen von InWEnt müssen als leistungsfähige Standorte erhalten bleiben und als kompetente Partner mit operationeller und strategischer Verantwortung in der Region Bedeutung und Gewicht haben. Die regionalen Einrichtungen müssen auch auf übergeordnete strategische Überlegungen zentralen Einfluss nehmen können. Für die Länder sind die regionalen Zentren und dezentralen Einrichtungen darüber hinaus wichtig für die Abwicklung gemeinsamer Aktivitäten.

Die personelle Ausstattung der bestehenden Einrichtungen mit qualifizierten Stellen des höheren Dienstes in den Bildungsstätten muss angemessen gewährleistet sein. Die Leitungen müssen so hochrangig besetzt sein, dass sie dem Anspruch einer strategisch orientierten, eigenverantwortlich handelnden, dezentralen Führungskompetenz gerecht werden.

Neben dem Erhalt der dezentralen Strukturen ist darüber hinaus die Sicherung der bestehenden Standorte, so zum Beispiel Mannheim, für die Länder von zentraler Bedeutung. Außerdem machten die Länder deutlich, dass angemessene Mitwirkungsrechte in der neuen Durchführungsstruktur, insbesondere in Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat, Kuratorium oder vergleichbaren Gremien, eine notwendige Voraussetzung für die Kooperation mit den Ländern sind.

*5. welche Perspektive sich bzgl. des Erhalts des Standorts Mannheim mit seinem Aufgabenspektrum und seiner Personalausstattung zurzeit abzeichnet und welche Chancen sie für eine mögliche Stärkung des Standorts sieht;*

Das Bundeskabinett hat den Erhalt der regionalen Zentren und Bildungszentren von InWEnt beschlossen.

*6. wie weit die Gespräche bzgl. der Modernisierung der von InWEnt genutzten Gebäude am Standort Mannheim gediehen sind und welches Engagement das Land dem Bund diesbezüglich in Aussicht gestellt hat;*

InWEnt ist in Mannheim in dem Gebäudekomplex Käthe-Kollwitz-Straße 15 untergebracht. Die der LBBW-Immobilien gehörenden Gebäude sind vom Land angemietet und InWEnt kostenlos zur Nutzung überlassen.

InWEnt strebt eine umfassende Sanierung und eine bauliche Erweiterung des Gebäudekomplexes an. Eine überschlägige Berechnung der LBBW-Immobilien aus dem Jahr 2009 ergab dafür Baukosten in Höhe von rd. 8,6 Millionen Euro und auf 20 Jahre einen Kostenbeitrag zur Amortisation der Kosten in Höhe von rd. 0,72 Millionen Euro/Jahr.

Im Februar 2010 wurde dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), vorbehaltlich der Zustimmung durch die Landesregierung, der Vorschlag unterbreitet, den Mietzuschlag in Höhe von rund 0,22 Millionen Euro zulasten des Bundes und in Höhe von rd. 0,50 Millionen Euro zulasten des Landes aufzuteilen. Das BMZ hat um Verständnis gebeten, dass vor Abschluss der anstehenden Reform keine verbindliche Finanzierungszusage möglich ist.

*II. sich für den Erhalt und eine Stärkung des Standorts Mannheim als Regionalem Zentrum und Bildungszentrum im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Partner des Landes auf Augenhöhe einzusetzen.*

Wie oben dargestellt, hat sich die Landesregierung bereits seither auf vielfältige Weise für den Erhalt und die Stärkung des InWEnt-Standorts Mannheim eingesetzt und wird diese Bemühungen konsequent fortsetzen.

Pfister

Wirtschaftsminister